

1. 1931

bestehen, die sich nicht nur auf den Handel mit Waren beschränken, sondern auch auf den Handel mit Geld und Wertpapieren.

Postsendungen an den Verlag sind zu richten an: „Der Schuhmacher“ Nürnberg 6, Adolphstr.

Nr. 36
45. Jahrgang

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, Sitz Nürnberg
Zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher, Sitz Hamburg 6

Zur Reform der Hauszinssteuer

Forderungen der freien Gewerkschaften

ADGB und AFA-Bund haben zu den neuerdings vielfach erörterten Plänen zur Änderung der Hauszinssteuer Stellung genommen. Sie veröffentlichen das folgende Ergebnis ihrer Beratungen, an denen führende Kommunal- und Wohnungspolitiker sowie Vertreter der Wirtschaft beteiligt waren:

Die Organisationen der Haus- und Grundbesitzer fordern von der Reichsregierung erneut eine auf den Notwendigkeitsgrundsatz beruhende Reform der Hauszinssteuer. Die von den Interessierten veröffentlichten Projekte haben — so sehr sie im einzelnen voneinander abweichen — sämtlich das eine Ziel: die Ausnahmeverhältnisse der jetzigen Krise, die allen Volksteilen größte Opfer auferlegt, zu einer erneuten Berücksichtigung der Altbauverhältnisse auszunutzen. Eine weitere Herabsetzung der öffentlichen Einnahmen aus dem Altbauverhältnis kann volkswirtschaftlich und sozialpolitisch nicht verantwortet werden. Ein auch nur teilweise Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Hausbesitzerorganisationen nach Abbau der Hauszinssteuer bedeutet höchste soziale Ungerechtigkeit gegenüber den kleinen Sparern, auf deren Seite der Staat in der Zukunft eine in der Geschichte der deutschen Entwicklung beispiellose Last zu tragen hat.

Die freien Gewerkschaften fordern aus neuer mit allem Nachdruck, daß die bisherigen Erträge aus der Hauszinssteuer gerade auch im Interesse der öffentlichen Arbeitsbeschaffung langfristig gesichert werden. Eine Reform der Hauszinssteuer wäre nur dann durchführbar, daß an die Stelle der Hauszinssteuer eine öffentliche, grundbuchlich zu sichernde und abgabefähige Last tritt. Sie muß dabei bemessen sein, daß als Ausgangsbasis für den Umfang des jährlichen Zins- und Tilgungsdienstes unbedingt das Sollaufkommen der Hauszinssteuer gewahrt wird. Die Herabsetzung der dinglichen Last kann und muß nach der Beurteilung der dinglichen Verhältnisse abgestuft sein und soll im einzelnen den Erfordernissen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung der Häuser und der Übergabe über die Veranlagung der Aufwertungshypotheken Rechnung tragen.

jährlich zusätzlich der durch fortschreitende Amortisation ersparten Zinsen gewährt eine planmäßige Abtragung der Lasten in 18½ Jahren. Hoher Zins und hohe Tilgung geben einen Anreiz zu vorzeitigen Ablosungen oder verfallenen Tilgungen, die noch dadurch gefördert werden sollen, daß durch einen Diszontsatz, der von der Reichsregierung nach der jeweiligen Lage des Kapitalmarktes festzulegen ist, Prämien gewährt werden.

Die zusätzliche Unterhaltung Arbeitsloser und sonstiger wirtschaftlich schwerter Wohnungsinhaber durch teilweise oder vollständige Herabsetzung ihrer Wohnungslasten muß grundsätzlich von den Leistungen der Hausbesitzer an die öffentliche Hand getrennt werden. An die Stelle der bisherigen Hauszinssteuerbefreiungen müssen Beihilfen für die kommunalen Wohlfahrtsstellen treten, die die Bedürfnisse der persönlichen Bedürfnisse des Mieters anpasse. Die dafür erforderlichen Mittel können den Kommunen aus dem Zins- und Tilgungsdienst der dinglichen Last zur Verfügung gestellt werden.

Eine derartige Regelung sichert der öffentlichen Hand Einnahmen, die unter den Verhältnissen des Kriegsjahres 1931 mit 1350 Millionen Reichsmark jährlich dem derzeitigen Hauszinssteuereinkommen nach Abzug der Steuerbefreiungen entsprechen würden.

Die Mittel, die aus dem Zins- und Tilgungsdienst und aus vorzeitigen Ablosungen der dinglichen Belastung des Altbauverhältnisses einfließen, müssen in erster Linie für den Finanzbedarf der Gemeinden und zur Finanzierung des Wohnungsneubaus und der Erhaltung des Altbauverhältnisses verwendet werden.

Die freien Gewerkschaften lehnen es grundsätzlich ab, die Hauszinssteuerreform mit einer Verringerung der dinglichen Belastung des Altbauverhältnisses zu verbinden, deren Aufhebung die Mieterschaft schulpflichtig wirtlichen Mieterhöhungen preisgeben würde und damit zu einer weiteren Unterdrückung der Massenkaufkraft führen müßte. Sie fordern vielmehr die Vereinheitlichung und Ausgestaltung der heutigen Gesetze zum Schutz der Mieter zu einem sozialen Wohn- und Mietrecht.

Wieder Preisstreiberien am Roggenmarkt

Von Jürgen Kuczynski

Wieder beginnt das alte Spiel. Die Ernte des vorangehenden Jahres ist nahezu verkauft. Die neue Ernte beginnt auf dem Markt zu stehen. Teils nur als Probeding, teils bereits tatsächlich durch Verkäufe. Denn die Landwirte brauchen Geld, und zwar so schnell und soviel wie möglich. Nicht viele können es sich leisten, ihr Getreide auf den Speicher zu legen. So machen sie sich größte Konkurrenz. Das Angebot überwiegt die Nachfrage fast. Die Folge ist ein katastrophales Sinken der Preise. Je geringer aber die Preise, desto mehr müssen Vorkauf und kleinerer Vorkauf verkaufen, um Steuern und Exporteinkünfte zu bezahlen. Die Spekulationen der Erntehelfer, die sich in den letzten Jahren und Regierungsbereitschaften.

Spekulationsobjekt raffinierter Getreidehändler, die ihre halbamtliche Stellung dazu benutzen, um Aktienprofite einzuflecken.

Als in diesem Jahr der Roggen wiederum, und zwar noch sehr viel stärker als im Vorjahr, sank, ließ man nach neuen Spekulationsorganen. Verlangte man von neuen öffentlichen Geldern, um die kassierten Vorkauf zu decken, so wurden die öffentlichen Gelder zu leihen. Infolgedessen wurde man von neuen Privilegien für ein amtierendes Amt, welches sich auf die Ernte einiger Vorkauf und Zunderbehalten berufen konnte (Verbreitung der Landwirtschaft). Dabei unter Landwirtschaft ausschließlich das großartige Ansehen zu verlieren ist.

Raum waren die Aufseher, als man sich an den maßgeblichen Stellen auf die allgemeine Pflicht besann und Millionen öffentlicher Gelder, das sind Steuern, von denen nur ein geringer Teil von den Agariern aufgebracht wird, zur Verfügung stellte und Privilegien gab, wie sie nicht einmal die Schwereindustrie erhalten konnte.

Wieder, wie im vorigen Jahr, will man den Roggen stützen. Allerdings erklärt man, das soll nicht durch Zinsaufschüsse, wie im Vorjahr, geschehen, sondern durch Magaziniert einiger hunderttausend Tonnen Roggen. Was aber ist der Unterschied zwischen einer Preisstützung und Regierungskäufen zur Ent-

lastung des Marktes? Selbstverständlich besteht kein Unterschied. Die Schöpfung ist doch so einfach und klar: das Angebot übersteigt die Nachfrage. Und die Regierung möchte soviel Roggen kaufen, daß Nachfrage und Angebot sich ausgleichen. Preise aber gleichen sich niemals aus, denn die Nachfrage steigt mit dem Angebot, wenn das Angebot zu immer niedrigeren Preisen erfolgt. Daher kann der Verkauf von Roggen, der dann magaziniert werden soll, nichts anderes bedeuten als eine Preisstützung, als den Verkauf von Roggen in solchen Quantitäten, bis das Angebot „feiner ist als die Nachfrage von privaten Verkäufern, und der Roggenpreis dann durch Regierungskäufe auf einem noch nicht festgesetzten Niveau „stabilisiert“ wird. Und diese Magaziniert wird sehr viel mehr kosten, als man heute annimmt. Denn das Magaziniert wird Millionen Tonne betragen, es ist aber nur die Magaziniert von einigen hunderttausend Tonne vorgelesen. Sehr wahrscheinlich müssen viel mehr als einige hunderttausend Tonne „magaziniert“ werden, und sicher werden wieder Millionen öffentlicher Gelder verschwendet werden.

Weiterhin sieht die Regierung die Ausgabe inoffizieller Vorkauf durch die Deutsche Getreide Handels Gesellschaft vor, wodurch die Regierung selbst, einen Teil des Roggens direkt, ohne Zeitung über den Markt, veräußern und dem Verkehr zu bringen. Es ist jedoch mehr als zweifelhaft, ob der Deutschen Getreide Handels Gesellschaft, die diese Vorkauf übernehmen soll, von den Banken genügend Vorkauf abgekauft werden, so daß sie erhebliche Verluste aufnehmen kann. Ferner sollen die Vorkauf Rechte (Fortsetzung nächste Seite.)

Richtlinien für ein Bankenamt

Vorschläge der freien Gewerkschaften
Dem Reichswirtschaftsminister übergeben

2. Ausübung des Bankgewerbes:

Als private Rechtsformen werden vorgeschlagen: Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien, eingetragene Genossenschaft. Gleitende Banken sind innerhalb einer vom Bankamt festzusetzenden Frist in eine dieser Rechtsformen umzuwandeln. Das Bankamt kann von der Verpflichtung zur Umwandlung Ausnahmen zulassen, wenn die betroffenen Banken sich im übrigen den Verpflichtungen des Gesetzes unterwerfen.

Die Ausübung des Bankgewerbes ist von der Erstellung der Erlaubnis des Bankamts abhängig zu machen (Konzessionsprinzip).

3. Träger der Aufsicht:

Träger der Rechtsaufsicht sind: 1. die Reichsregierung, 2. das Bankamt, bestehend aus dem Vorstand, der von der Reichsregierung ernannt wird, und dem Beirat. Seine Mitglieder sind zu je einem Drittel vorzuschlagen von den Abteilungen 1 und 2 (Fortsetzung nächste Seite.)

Roggenpreise, Berlin, pro Tonne in Mark			
Tag			
	1930	1931	
2. Juli	172-177	212-214	
9. Juli	172-177	187-192	
16. Juli	172-177	186-191	
23. Juli	162-173	172-175	
30. Juli	152-161	148-149	
6. August	158-159	144-145	
7. August	160-161	147-148	
8. August	161-161	152-153	
11. August	161-161	168-170	
14. August	161	167-169	

Am 2. Juli war der Roggenpreis noch um nahezu ein Viertel höher als im Vorjahr. Am 9. August war er um etwa 10 Prozent niedriger. Am 14. August war er wieder höher, und zwar um etwa 4 Prozent.

Die Steigerung des Roggenpreises in den Tagen von dem Zeitpunkt am 5. August bis zum 14. August betrug etwa 20 Prozent — sie ist auf die gleiche Ursache zurückzuführen, die im Vorjahr den Roggenpreis zunächst nicht so stark sinken ließ wie in diesem Jahr, und die den Roggenpreis bis zum Woblag, am 14. September, verhältnismäßig hoch hielt: auf künstliche Roggenpreiserhöhung mit öffentlichen Geldern. Das heißt, die Regierung griff ein und ließ soviel Roggen, wie notwendig war, um den Preis nicht bis in unbekannte Tiefen sinken zu lassen, kaufen.

Den gekauften Roggen magazinierte die Regierung. Teils veräußerte er aufserhalb und unlageregemäß behandelt in den Vorkauf, während Millionen Arbeitslose hungerten. Teils wurde er in Vorkauf veräußert, während Millionen hungerten. Teils wurde er mit Verlusten an das Ausland verkauft, um später zu erhöhtem Preis wieder gekauft zu werden. Teils wurde er zum

Jahrbuch der christl. Gewerkschaften 1931

Das vom Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften herausgegebene Jahrbuch (Christlicher Gewerkschafts-Verlag Berlin-Wilmersdorf) berichtet wie üblich über die Entwicklung in 1930. Manche Betrachtung ist durch die neue Entwicklung (Notverordnungen usw.) überholt, was sich aber bei einem Jahresbericht nicht ändern läßt.

Arbeits- und Rationalisierung, die Lage in den einzelnen Industriezweigen, Kapital, Lohn- und Preisentwicklung werden dargestellt, Wirtschaft und Sozialpolitik ausgiebig besprochen. Die Mitgliederzahl am Ende des Berichtsjahres wird mit 658 707 (Vorjahr 673 127) angegeben, davon weiblich 113 090 (126 001).

Die Gesamteinnahmen betragen 26,7 Millionen RM gegen 27,6 Millionen RM im Vorjahr, die Ausgaben 21,5 gegen 20,4 Millionen RM.

Berichte der Landesgewerkschaften und der einzelnen Berufsverbände bilden den Schluß des etwa 260 Seiten umfänglichen Jahrbuchs.

40-Stunden-Woche in der Kalksandstein-Industrie

Die mitgeteilte Arbeit, die Verhandlungen über die Möglichkeit einer Arbeitszeitverkürzung unter Berücksichtigung von Arbeitskräften für die Kalksandsteinindustrie und die Zementindustrie gewisse Ergebnisse gezeigt. So ist in der Kalksandsteinindustrie eine Veränderung der Arbeitszeit von 40 auf 36 Stunden in Betracht gezogen worden, was die regelmäßige Arbeitszeit dieser Stunden wesentlich beträgt und die zur Aufrechterhaltung des geregelten Betriebes notwendigen Überstunden in der gleichen, teilweise in der folgenden Woche abgegolten werden müssen. Jeder Betrieb ist verpflichtet, entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit auf 36 Stunden in gleichem Ausmaß neue Arbeitskräfte einzustellen. In der Zementindustrie wurde für einen von den Betrieben ebenfalls die 40-Stunden-Woche unter Berücksichtigung von Arbeitskräften eingeplant.



Arbeiterinnen-Rundschau

An die Frau des Arbeiters

Viele von euch können nicht begreifen, warum wir uns organisieren; warum alle Wunden der Arbeiterin heilen, die wir durch unsere Organisation heilen wollen. Viele von euch können nicht begreifen, warum wir uns organisieren; warum alle Wunden der Arbeiterin heilen, die wir durch unsere Organisation heilen wollen.

Frauenarbeit, die schädlich ist

Durch Industrialisierung und Rationalisierung der Arbeitsverhältnisse hat die Frauenarbeit in Betrieben und Industrien eine Entwicklung erfahren, die vor den Männern überlegen waren. Seit die ständige Lasterarbeit mehr erforderte, als die Frau gewohnt war, hat die Frauenarbeit in Betrieben und Industrien eine Entwicklung erfahren, die vor den Männern überlegen waren.

Die SPD. für das Recht der Frau auf Erwerbsarbeit

Der Parteitag der SPD. in Berlin hat eine Resolution zur Frage der Frauenarbeit angenommen, in der es unter anderem heißt: „Die Sozialdemokratische Partei bekennt sich zu dem Recht der Frau auf Erwerbsarbeit, als gleichberechtigte Partnerin des Mannes am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.“

Gesellenausschußmitglieder Berlin, Frankfurt a. O., Schneidemühl

Auf Einladung des Bezirksvereins der Schuhmacher in Berlin, Frankfurt a. O., Schneidemühl, fand am 2. September 1931 eine Konferenz der Gesellenausschußmitglieder dieser drei Bundesvereine statt.

Die Verhandlungen über die Rationalisierung der Arbeitsverhältnisse in der Schuhindustrie, die in den letzten Jahren eine bedeutende Entwicklung erfahren haben, wurden in der ersten Sitzung des Ausschusses behandelt. Es wurde festgestellt, dass die Rationalisierung der Arbeitsverhältnisse in der Schuhindustrie eine bedeutende Entwicklung erfahren haben.

Die Arbeiterin als Mutter

In der Arbeiterin als Mutter wird die Stellung der Arbeiterin in der Familie und in der Gesellschaft betrachtet. Es wird festgestellt, dass die Arbeiterin in der Familie eine wichtige Rolle spielt und dass sie in der Gesellschaft eine wichtige Rolle spielt.

Von Woche zu Woche

Wichtiges in aller Kürze. Warum wurde der Reichsausschuß für Arbeitsbeschaffung gegründet? Die Antwort auf diese Frage ist: „Der Reichsausschuß für Arbeitsbeschaffung wurde gegründet, um die Arbeitsbeschaffung in der Reichswehr zu verbessern.“

Nationalsozialistisches Zeitungswesen

Die Nationalsozialistische Zeitungswesen hat eine bedeutende Entwicklung erfahren. Es wird festgestellt, dass die Nationalsozialistische Zeitungswesen eine bedeutende Entwicklung erfahren hat.

ist, wenn die Mutter nach der arbeitslosen Zeit nicht mehr in der Lage ist, die Arbeit wieder aufzunehmen, als dann, wenn die Mutter auch nach dieser Zeit noch in der Lage ist, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Wann erhalten jetzt Ehefrauen Arbeitslosenunterstützung?

Die neue Verordnung ergibt sich aus den Bestimmungen der Arbeitslosenunterstützung. Es wird festgestellt, dass die Ehefrauen der Arbeitslosen eine Unterstützung erhalten können.

Witwenrente und Notverordnung

Die Witwenrente und die Notverordnung sind wichtige Themen für die Arbeiterinnen. Es wird festgestellt, dass die Witwenrente eine wichtige Rolle spielt und dass die Notverordnung eine wichtige Rolle spielt.

Die 34-Stunden-Woche

Die 34-Stunden-Woche ist ein wichtiges Thema für die Arbeiterinnen. Es wird festgestellt, dass die 34-Stunden-Woche eine wichtige Rolle spielt.

Nationalsozialistisches Zeitungswesen

Die Nationalsozialistische Zeitungswesen hat eine bedeutende Entwicklung erfahren. Es wird festgestellt, dass die Nationalsozialistische Zeitungswesen eine bedeutende Entwicklung erfahren hat.



Nationalsozialistische Journaille

[illegible]

Unternehmergeld für die Totschläger

Die „*Alteimische Zeitung*“ brachte in ihrer Nummer vom 27. Mai 1931 folgende Meldung:

„Vor kurzer Zeit hat der Bergbauverband in Essen, im wesentlichen identisch mit dem *Zeugenerband*, der schon vor den Septemberwahlen des vorigen Jahres gewaltige Summen in die Kassen der Nationalsozialisten gegeben hat, der nationalsozialistischen Parteileitung wiederum eine

Zweimal lesen!

Ehemalige RGO-KPD-Anhänger, die zur Einsicht kommen Die Schmach der Arbeiterzersplitterung

[illegible]

So wurde geworben

Der Massenverrat der NSD., KPD, Gen-
telle bewirkt mehr als nur das Zugrundegehen vieler bis-
her planbarer Aktionen. Die Bewegung zu einem Scheitern und
nicht zu dem Gefangen, das man sich als ungewollt
der Koalition Vorwand liefert, die eigenen Massen-
interessen schwer gefährdet hatte.

So kann man nun von Befehlern selbst vernehmen, ihre
Ausführungen verraten, wenn gewisse aus etwas südenhaft
auswachen, manchmal in den Vertretungen differenzierend,
das nachfolgend formulierten Gedankenansätze:

Unter uns gibt es eine Anzahl früherer Gewerkschaftsmisglieder. Aber mehr jüngere Menschen, die das gewerkschaftliche Leben und Kämpfen in der Vorperiode überhaupt nicht kennen gelernt haben. Sie bildeten sich ihr Urteil lediglich nach den Erfahrungen, die von radikalerer Seite in den Gewerkschaften gemacht wurden. Hauptächlich von der RZP, und von Unorganisierten gegen die RZP. Diese sind radikalisiert, sie kulturellen mit der RZP die Revolution drückt sich in ihnen ab. Sie sind keine genügend gründliche Massenpolitik zu der RZP. Sie sind freibeweglich getrieben haben, solche Kulturellen haben wohl die meisten von uns heute noch, wenn wir auch die RZP, und

[illegible]

Deutsche Kapitalnot — eine Folge des 14. September 1930

An Ratel ist eine Genossenschaft verfaßt, deren leitender Mann der deutschnationale Rechtsanwalt Brill war. In seiner Rechtfertigungsschrift findet sich folgende Feststellung:

„Ge sei mit toller Aussicht auf Erfolg demütht gewesen, mit Hilfe eines holländischen Konsortiums die Genossenschaft zu retten, aber — das Ergebnis der Reichstagswahl vom 14. September vorigen Jahres habe die Holländer abgelehrt; man habe sich nicht mehr getraut, weiter nach Deutschland zu gehen. So sei die Darlehensaufnahme unmöglich geworden.“

Es ist interessant, diese Ausstellung auch von deutschnationaler Seite getroffen zu sehen.

Vorwärts mit dem Stuhl!

Der bisherige Leiter der Nationalsozialistischen Partei in Köln, Robert Len, ist von Hitler abberufen worden. Er hat seinen Vereinen eine Abschiedsrede gehalten, auf der der Reichsaussen-

„Rameraden! Ihr haben geknöpft und ich denke an die Mose! und an Zell! Und vor mir sehe ich unseren Pa. Simon mit einem Stuhl vorwärtsstürmen und der Versammlung zureufen: „Bürger von Zell! Wenn Ihr wollt, daß der Jude herrsche, dann helfst ihm. Wenn Ihr das aber nicht wollt, mir nach.“

Der Stuhl ist also, wie hier eingestanden wird, das hervorragendste Versammlungsargument der Nationalsozialistischen Partei.

als bedrohlich für die Arbeiterbewegung kritisch abzuwägen. Jedemfalls waren wir mit dem Voul der Dinge noch am wenigsten tief unzufrieden. Darum fand die RPD, mit ihren Angriffen auf die RPD, und die Gewerkschaften lebte. Wir ließen und in immer tieferer Ubrilgung gegen die Gewerkschaften hinüberzuziehen. Wir wollten die Gewerkschaften nicht als organisierte, wenn ein Streik bevorstegenden war, die Arbeiter nicht vollständig durchgegriffen werden können. Viele taten aus, nicht weniger waren dabei, die offen erklärten, sie wollten die Gewerkschaften nicht. Die Vorbehaltenen um, die die Gewerkschaften seit langem hatten, die sie nicht wollten, konnten, blieben sie ja doch beteiligt.) Nachher kamen dann die Gewerkschaften, die nach den Annahmen der RPD, in den Gewerkschaften Streikungsarbeit machten. Allerdings wurde dabei, dass die Gewerkschaften nicht wollten, es, wir wollten ihre Opposition machen, aber in den Gewerkschaften bleiben. Dann wieder kam die Annahme, mit den anderen Kollegen zusammen präzisieren Gewerkschaften zu erziehen und zu beiraten, die Gewerkschaften in die Hand zu bekommen, dann könne man die Gewerkschaften für die Revolution unter RPD-Führung gebrauchen. Aber es wurde nicht mehr, wurde nicht, nicht, nicht, nicht auf Spaltungen hinberufen. Wir sollten es in manchen Gewerkschaften gegründet werden.

KPD. - RGO.

Wegbereiter der Hakenkreuzler

[illegible]

Kampf gegen die Friedensverträge, gegen Dawes- und Youngplan nachplappert, dann muß man mit Hitler gehen. Die verurteilte, vaterländische Politik der SPD, mit dem ewigen taktischen Ein und Der hat die Ausbreitung der Vaterlandsbewegung verschuldet. Sie selbst hat gespalten, Arbeiter gegen Arbeiter gehetzt und sie hat mit ihrem konterrevolutionären Treiben noch mehr die Zersetzungsarbeit und Spaltungsabsichten von anderer Seite gefördert.

Fort mit dem Bruderkrieg!

Wir find jeh alle fest überzeugt, daß die Arbeiterklasse heute viel besser da stande, wenn die Gewerkschaften ihren Mitgliederstand vom Jahre 1922 hätten beupreien können. Und das wäre im allgemeinen möglich gewesen, wenn alle Kräfte zusammengehalten worden wären, wenn die AFD, nicht den Widerkrieg in die Arbeiterkassn und in die Gewerkschaften getragen hätte. Die von ihr ausgegangene ultimative Forderung erkennen wir nun als bloße militärische Unheil für das deutsche Proletariat. Die AFD hat sich damit zum größten Verräther des Kapitals gemacht.

[illegible]

Die NSD.-Politik ist das Sprungbrett für eine faschistische Regierung und weiter nichts. Die muß unbedingt verhindert werden. Darum ist die Ausschaltung des NSD.-Treibens durch die Arbeiter eine der wichtigsten Aufgaben in den Betrieben.

Gewerkschaften lebenswichtig

Die Gewerkschaften sind, hören wir weiter, die einzige wirtschaftliche Kampfsmacht der Arbeiterschaft. Nicht einmal in Ausland, unter der Zowjeherrschaft, kann die Arbeiterschaft auf sich verlassen. (Wohin in Deutschland sind wir sie schließlich) Die RSD, gibt in Deutschland nicht die Interessen der Gewerkschaftsführung, sondern die Interessen der Propagandaabteilung der RSD. Sie hat keine eigene Organisation, keine eigene Massenverwaltung, keine entsprechenden Beiträge, keinerlei Verschönerungseinrichtungen, auch nicht für Streiks. Die als RSD-Mitglieder Registrierten sind weit überwiegend Arbeiter.

[illegible]

Mit KPD. - RGO. nur Niederlagen

Die Aktion der KPD, wird daher mit einer tiefsten Niederlage der Arbeiterchaft enden. Je größer wiederum die anfängliche Aktion – wie er 4. 8. 4. bei einer Situation, wie wir sie 1923 hatten – möglich gewesen wäre –, um so schwerer und nachhaltiger die folgende Niederlage der Arbeiterchaft. Selbst in der Zentralrat der KPD, die zum 1. 9. 1933 die Arbeiterchaft der KPD in der Lage war, die Arbeiterchaft unter ihrer Führung und unter den gegenwärtigen Umständen glaubt. Das weiß auch das Unternehmern. Warum geht es so radikallos vor. Es ist erlaubt, aber immer auf die Seite der KPD, die die Arbeiterchaft der Arbeiterchaft durch ihre Schriftleitung und die Arbeiterchaft, eine planmäßige Aktion der Arbeiterchaft.

Vor der SPD., vor der KPD. hat das Kapital nicht die geringste Angst. Es fürchtet lediglich die freien Gewerkschaften. Und darum verbünden sich die Kapitalisten sogar mit der SPD. (siehe Offiziere, wie Scheringer und Konjorten), um die Gewerkschaften zu zerlegen oder gar zu vernichten, wenn das möglich wäre.

Die Tätigkeit der NSD. ist Selbstmord für die Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse braucht gerade jetzt, in dieser Zeit des Ansturms der wildesten Reaktion, eine sehr starke, geschlossene gewerkschaftliche Macht. Jede Stärkung dieser Front bedeutet eine Verfeinerung der Opfer, die die deutsche Arbeiterklasse noch zu bringen haben wird. Jedes Säumen in der Ausführung der freien Gewerkschaften wird die zu tragenden Opfer und Leiden noch außerordentlich vergrößern.

